

23 rotgrüne Projekte/vereinbarter Text und Umsetzungsbilanz (grün unterlegt)

vereinbart nach der Wienwahl 2001

Biomasse-Kraftwerk für Wien

Durch Umrüstung eines bestehenden fossilen Großkraftwerks auf Biomasse bzw. Neuerrichtung eines Biomasse-Großkraftwerks (Feuerung z.B. mit Stroh, Rinde etc.) kann ein wesentlicher Schritt zur Erreichung des 4% Ökostrom Ziels gesetzt werden. Voraussetzung für eine Umsetzung ist, dass in einem ersten Schritt im Rahmen einer Studie die technische Machbarkeit in allen Fragen geklärt wird und der Wienstrom durch diese Maßnahme kein nachhaltiger wirtschaftlicher Schaden entsteht. Fragen zur Machbarkeit sollen unter Einbeziehung von (zwischen SPÖ und Grünen akkordierten) externen ExpertInnen (insb. der Energieverwertungsagentur), im Verlauf des heurigen Jahres geklärt werden und ein endgültiger Beschluss bis Anfang 2002 gefällt werden.

Das Biomassekraftwerk kommt! Das 62 MW Kraftwerk wird im Jahr 2006 in Betrieb gehen und wird das größte Kraftwerk dieser Art in Österreich sein. Gebaut wird die Anlage am bestehenden Kraftwerksstandort in Wien-Simmering. Das Investitionsvolumen beträgt rund 52 Millionen Euro, rund 45.000 Wiener Haushalte können dadurch mit Strom, 12.000 Haushalte mit Wärme versorgt werden. Am 11. April 2005 erfolgte der Spatenstich durch Bürgermeister Häupl, Umweltminister Pröll und Christoph Chorherr. Die Inbetriebnahme des Kraftwerks wird spätestens Herbst 2006 erfolgen. Rund 144.000 Tonnen CO₂ können damit jährlich eingespart werden.

Ziel dieser Projektidee ist es u.a., den großtechnischen Einstieg in die energetische Nutzung der Biomasse in Wien zu erreichen. Neben dem Klimaschutzeffekt ist auch der technologie- und wirtschaftspolitische Aspekt gerade in Richtung Mittel- und Osteuropa interessant. Die Biomasse wird zu einem großen Teil aus nahegelegenen Beständen kommen, um dem regionalwirtschaftlichen Aspekt Rechnung zu tragen und unnötige Transportwege zu verhindern. Die Österreichischen Bundesforste sind Partner der Wiener Energie und für die gesamte Brennstoffbeschaffung (jährlich rund 600.000 Schüttraummeter) und -logistik zuständig. Dabei wird der Wiener Hafen Logistikzentrum für das Biomasse Kraftwerk Wien sein.

Biomasse Förderung und Pilotprojekte

Außerhalb der Fernwärmegebiete soll bei zentralen Heizanlagen vermehrt Biomasse als Heizträger forciert werden (z.B. in Form von Pellets). Entsprechende Förderungen sind noch 2001 fertig zu stellen. Dies gilt auch für öffentliche Gebäude. Als Initialzündung sollen bis Jahresende drei ausgewählte Standorte als Pilotprojekte für die Umstellung auf Biomasse projektiert und in weiterer Folge umgesetzt werden.

Ein eigenes Fördermodell wurde entwickelt und im September 2002 im Wohnbauausschuss des Wiener Gemeinderates beschlossen. Dabei werden die Investitionen in Biomasseheizungsanlagen je nach Emissionswerten der Anlage gefördert. D.h. je geringer die Emissionen, desto höher die Förderung. Im Durchschnitt kann von einer Investitionsförderung zwischen 30 und 50% ausgegangen werden. Um eine Förderung kann bei der MA 50 angesucht werden. Ziel ist es, Biomasse als Heizträger zu forcieren und über eine eigene Förderungsschiene finanzielle Anreize für entsprechende Anlagen zu schaffen.

Genauere Informationen zum Fördermodell sind auf der Seite der Stadt Wien zu finden:

<http://www.magwien.gv.at/ma50st/biomasse/index.htm?S0=biomasseförderung>

Darüber hinaus wird Biomasse auch in einigen stadt-eigenen Objekten als Heizträger verwendet.

Ökostrom-Offensive

Das zur Umsetzung des Bundes ELWOG notwendige Landes ELWOG muss in Akkordierung zwischen Wiener SPÖ und Wiener Grüne und Einbeziehung externer ExpertInnen, wesentlichen ökologischen Kriterien entsprechen und der Umsetzung der Klimaschutzziele dienen. Insbesondere sind folgende Voraussetzungen durch das Landes ELWOG zu erfüllen:

- Das im ELWOG definierte Ziel, bis 2007 4 % des Stroms aus Ökostromanlagen zu beziehen, ist als Mindestziel und nicht als Obergrenze zu definieren
- Auch über diesem 4% Anteil ist eine Abnahmeverpflichtung für Ökostromanlagen vorzusehen
- Eine klare Kennzeichnung von Ökostrom (nach Art und Herkunft des Stroms)
Weitere Maßnahmen zur "Ökostrom Offensive" sind:
 - Im Rahmen der Einspeiseverordnung des Landes Wien sind deutlich höhere, langfristig garantierte Einspeisetarife für Wiener Ökostrom-Anlagen (Strom aus Wind, Biomasse, Photovoltaik) vorzusehen. Die detaillierte Tarifgestaltung ist bis Jahresende gemeinsam zu vereinbaren.
 - Die Umstellung von öffentlichen Gebäuden (z.B. Rathaus) auf Ökostrom zum nächstmöglichen Zeitpunkt ist voranzutreiben.
 - Eine Befreiung von Ökostrom von der gemeindeeigenen Gebrauchsabgabe ist zu prüfen.

Im Juni 2001 wurde vom Wiener Landtag das Wiener Elektrizitätswirtschaftsgesetz beschlossen, das unter anderem Ziele und wesentliche Rahmenbedingungen für Ökostromanlagen in Wien vorgibt. Entsprechend der rotgrünen Vereinbarung wurde die Vorgabe, dass der Netzbetreiber bis 2007 4% des Stroms aus Ökostromanlagen zu beziehen hat, als Mindestziel definiert. Im Jahr 2002 haben sich jedoch die Rahmenbedingungen für Ökostrom kompetenzrechtlich maßgeblich geändert. Durch die Beschlussfassung des Ökostromgesetzes im Parlament wandert die diesbezügliche Zuständigkeit zum Bund, was aus Sicht der GRÜNEN durchaus Sinn macht, um wie bislang neun unterschiedliche Rahmenbedingungen für Anlagenbetreiber zu verhindern. Auch die Tarifhoheit für Ökostromanlagen und die Frage der Stromkennzeichnung liegt nun beim Bund.

Im Zuge der Umsetzung des geltenden Ökostromgesetzes hat das Land Wien im Jahr 2003 eine Förderrichtlinie für Ökostromprojekte in Wien beschlossen, die diesbezügliche Projekte (Investitionen aber auch immaterielle Leistungen) unterstützt.

Biogasanlage

Errichtung einer großen Biogasanlage auf Wiener Stadtgebiet zur Verwertung von nicht kompostierbaren biogenen Materialien (Speisereste, nasse Bioabfälle etc.). Dadurch könnte einerseits das Restmüllaufkommen reduziert, andererseits umweltfreundlicher Strom und Wärme erzeugt werden. Ein diesbezüglicher Beschluss soll noch 2001 gefällt werden, die Umsetzung und der Bau in dieser Legislaturperiode erfolgen.

Nach langjährigen Diskussionen sind die Vorbereitungen für die Wiener Biogasanlage weitgehend auf Schiene. Das Konzept für die Anlage wurde im Einvernehmen zwischen Stadträtin Ulli Sima und den GRÜNEN adaptiert. Zweck der geplanten Anlage ist die Vergärung von im Bereich der Stadt Wien gesammelten biogenen Abfällen und Speiseresten. Das bei der Vergärung entstehende Biogas wird zur Wärme bzw. Stromerzeugung genutzt.

Geplant ist in der ersten Ausbaustufe eine Behandlungskapazität für 17.000 t/a, wobei 10.000 t/a biogene Abfälle aus der getrennten Sammlung (Biotonne) aus innerstädtischen Gebieten kommen sollen, 4.000 t/a Speisereste von den Wiener Spitälern und 3.000 t/a von privaten Sammlern. Bei der Biogasanlage werden jedoch sämtliche Erfordernisse für einen Endausbau auf 34.000 t/a zu einem späteren Zeitpunkt bereits eingeplant und anlagentechnisch schon in der 1. Ausbaustufe realisiert. Der aus dem Gärrückstand erzeugte Kompost kann in der Landwirtschaft, im Landschaftsbau, bei der Deponieabdeckung verwendet werden. Eine Alternative dazu stellt die direkte landwirtschaftliche Verwertung eines Teils des Gärrests dar.

Die Wiener Biogasanlage wird auf einem Grundstück zwischen Wildpretstraße und Donaukanal in Kaiserebersdorf errichtet. Schon im Jahr 2002 wurde die Wiener Kommunal-Umweltschutzprojektgesellschaft (WKU) mit der Entwicklungsarbeit beauftragt; die Anlage wurde für 34.000 t Kapazität genehmigt. Der Baubeginn ist für 2006 vorgesehen.

Wettbewerb für eine "Passivhaus-Siedlung"

Nach dem Vorbild des autofreien Stadtteils, sollte in Form eines Wettbewerbs ein Musterprojekt zur Passivhaus-Siedlung durchgeführt werden. Bis Jahresende sind mehrere Standortvorschläge zu erarbeiten, 2002 ist der diesbezügliche Wettbewerb auszuschreiben und zu vergeben.

Als Standort für eine Passivhaus-Siedlung wurde der Kammelweg in Wien Floridsdorf ausgewählt. Im Juli 2002 startete ein zweistufiger Bauträgerwettbewerb für das innovative Wohnprojekt mit rund 250 Wohneinheiten. Bei einem Passivhaus werden die BewohnerInnen nur mehr ein Drittel der Heizkosten eines Niedrigenergiehauses verbrauchen. Die Jury unter Vorsitz von Wolf D. Prix ermittelte das Projekt der BauträgerInnen "Wohnungseigentum" (S & S Architekten) und "I & R Schertler" (Architekten Kaufmann ZT GmbH) als beste der eingereichten Vorschläge. Mittlerweile ist die Siedlung in Bau. Neben dem Energiestandard soll sich das Projekt vor allem durch einen hohen Grünraumanteil auszeichnen.

Bei einem Projekt wird es nicht bleiben. Schon derzeit sind eine Reihe weiterer Passivhausprojekte beim Grundstücksbeirat eingereicht bzw. in Umsetzung. Erstmals hat in Wien eine breite Auseinandersetzung mit dem Passivhausstandard stattgefunden. Es zeigt sich, dass das "Haus ohne Heizung" eines der Tophemen im Baubereich ist. Der Passivhauswettbewerb und zahlreichen Veranstaltungen haben viel bewegt und zur erfolgreichen Vermittlung von Know-how und innovativen Ideen beigetragen.

Pilotprojekt: PVC-freies Krankenhaus

In einem Wiener Krankenhaus (z.B. AKH) soll noch 2001 ein Pilotprojekt gestartet werden, das insbesondere im intensivmedizinischen Bereich (Infusionsschläuche, Blutbeutel etc.) zur Gänze auf PVC-Produkte (inkl. Weichmacher) verzichtet. Die dabei gewonnenen Erfahrungen (Kosten, Probleme, Akzeptanz...) sollen in der Folge in sämtlichen Wiener Spitälern umgesetzt werden.

Ein weitgehender PVC Verzicht erfolgt im Preyer'schen Kinderspital. In anderen Spitälern sind weitere Schritte seitens des Krankenanstaltenverbands (KAV) geplant.

Bio-Lebensmittel

Bis zum Ende der Legislaturperiode soll in allen öffentlichen Einrichtungen ein 50 Prozent Bio-Anteil erreicht werden (Schulen, Kindertagesheime, Krankenhäuser, Pensionistenwohnhäuser, Essen auf Rädern)

Konkrete Schritte:

- Ausschreibung der Essen für Kindertagesheime ab 1.1.2002 mit 30 % Bio-Anteil als Kriterium. Vergabe erfolgt bei Schulen und Kindertagesheimen nach Test-Essen unter Einbeziehung der Eltern (und SchülerInnen).
- Ausschreibung der Aktion "Essen auf Rädern" zum nächstmöglichen Zeitpunkt mit 30% Bio als Kriterium im Ausschreibungstext.

- Fortführung Ausbau der erfolgreichen Bio-Forcierung in Wiener Krankenhäusern und Kindertagesheimen. Aufwertung dieser Küchen (Mitversorgung von anderen städtischen und privaten Institutionen in der Umgebung)

- Verstärkter Einsatz von fair gehandelten Produkten (Kaffee, Tee, Orangensaft) in städtischen Einrichtungen.

Wien als Biobauer: 100%ige Umstellung der ständigen Flächen der stadteigenen Landwirtschaftsbetriebe auf Biolandbau in dieser Legislaturperiode.

Im Jahr 2002 kam es zur Neuausschreibung und Vergabe für die Versorgung der Kindertagesheime mit einem Mindestbioanteil von 30%, der in weiterer Folge gesteigert wird (Stufenplan). Nach einer EU-weiten Ausschreibung für etwa 30.000 Mahlzeiten täglich (Krippe, Kindergarten, Hort) an 365 Standorten erfolgte die Vergabe an die Gustana. Wesentliche Bedingung war, in den ersten Jahren einen Mindestanteil von Rohstoffen aus biologischer Landwirtschaft von 30% zu erreichen, der in den darauf folgenden fünf Jahren auf 50% angehoben werden soll. Nunmehr wird bereits seit 2003 in allen städtischen Kindergärten ein Mindestanteil an biologischen Lebensmitteln von 40% gewährleistet. Es ist im Vergleich zum vorherigen Angebot ohne explizitem Bioanteil zu keinen Mehrkosten für die Eltern gekommen.

Auch bei den Schulen kam es mit dem Schuljahr 2005/2006 zu einer Neuregelung. Die neue Regelung wurde am 27. Jänner 2005 im Wiener Gemeinderat beschlossen und sieht vor, dass ab dem die Elternvereine aus einem Pool an Anbietern auswählen können, die ihrerseits qualitative Mindestkriterien erfüllen müssen. So kann gewährleistet werden, dass ein 30% Bioanteil in der Mittagsverpflegung aller PflichtschülerInnen ermöglicht wird. Innerhalb von 5 Jahren soll dieser Anteil auf 50% angehoben werden.

Im Bereich der Wiener Krankenanstalten werden derzeit etwa 30% aller Lebensmittelausgaben für Waren aus biologischer Landwirtschaft ausgegeben. Dieses Ziel gilt für alle Spitäler der Stadt Wien und wird vom Krankenanstaltenverbund (KAV) kontrolliert.

Auch ein Beschluss zum verstärkten Einsatz von fair gehandelten Produkten in städtischen Einrichtungen wurde im Gemeinderat gefällt.

„Wien als Biobauer“: Im Jahr 2004 erfolgte die Umstellung des städtischen „Schafflerhofes“ auf einen Bio-Landwirtschaftsbetrieb.

Einführung eines Gratis-Stadtrads (nach Kopenhagener Vorbild)

Schaffung und finanzielle Unterstützung eines Verleihsystems für Fahrräder. Standorte sind bereits behördlich kommissioniert.

Das zu Beginn dieser Legislaturperiode sichtbarste aller 23 Projekte ist wohl kaum jemandem in Wien entgangen: Viennabike, das Gratis-Stadtrad. Mit der SPÖ wurde die Initiierung und Unterstützung eines Gratis-Verleihsystems für Fahrräder in Wien nach internationalen Vorbildern wie Kopenhagen vereinbart. Die Zusammenarbeit zwischen Viennabike und Stadt Wien wurde nach einer Saison aufgekündigt.

Die Gewista hat in Folge ein neues Konzept entwickelt (Registrierung an Terminals bzw. im Internet, Bankomatkartenabrechnung) und umgesetzt, und baut kontinuierlich Standorte aus. Mit wachsender Anzahl an Terminals und Fahrrädern und mit erweiterten Zahlungsmöglichkeiten (neue Citybike Card für jene ohne Bankomatkarte) wird die Nutzung weiter steigen.

[Link zu City Bike Wien](#)

Reorganisation Radverkehrspolitik

Zur Umsetzung deutlich verbesserter Rahmenbedingungen für den Radverkehr ist eine Reorganisation der diesbezüglichen Instrumente notwendig. Dies umfasst bspw. die zentrale Vergabe der Gelder (derzeit

Bezirksbudget), eine signifikante Erhöhung des Radverkehrsbudgets (mind. 80 Mio. ATS 2002), eine Verbesserung der Qualität der Radverkehrsanlagen und die Schaffung der rechtlichen Rahmenbedingungen zur Berücksichtigung des Radverkehrs bei allen Um- und Neuplanungen bzw. -bauten von Verkehrsflächen, Wohnungsprojekten, Stadtgestaltung etc.

Mit dem Budget 2002 wurden die Mittel für den Radverkehr in Wien wie vereinbart erhöht. Die Rezentralisierung der Budgetmittelvergabe wurde beschlossen und ist mit dem Jahr 2003 in Kraft getreten.

Innovatives Leitsystem für den öffentlichen Verkehr und Mobilitätsberatung

Durch die Schaffung eines innovativen Verkehrsleitsystems für den Öffentlichen Verkehr soll die Fahrgastinformation schneller, ausführlicher und kundenfreundlicher werden. Wien kann sowohl verkehrlich wie auch technologiepolitisch einen Impuls setzen. Mobilitätszentralen sollen allen Menschen in Wien Mobilitätsberatung anbieten. Informationen über den öffentlichen Verkehr, die Erstellung individueller Fahrpläne, die Organisation von Car-sharing und Fahrgemeinschaften und die Abwicklung flexibler Verkehrssysteme gehören zu ihren Aufgaben.

Bis Jahresende ist mit den Wiener Linien ein konkreter Zeitplan und ein Detailkonzept auszuarbeiten.

Die Wiener Linien haben eine Studie in Auftrag gegeben, die insbesondere die Machbarkeit neuer Anwendungen mittels Handy (SMS-Service) überprüft. Durch den Ausbau des RBL "Rechnergesteuerte Betriebsleitsystem") wird laufend die elektronische Fahrgastinformation an Haltestellen erweitert und verbessert, und mittlerweile in allen U-Bahn Stationen realisiert. Seit kurzer Zeit ist auch SMS Ticketing bei den Wiener Linien möglich. Ein SMS Fahrgastinformationssystem wurde noch nicht umgesetzt.

Radverbindung "Zweier Linie"

Grundsatzentscheidung zur Planung einer durchgehenden Radverbindung auf der gesamten sog. "Zweier Linie".

Nach Eröffnung des 1. Teilabschnitts in Juli 2001, wurde im Herbst 2001 die Radverbindung auf der sog. Zweier Linie bis zur Mariahilfer Straße/Babenberger Straße fertiggestellt. Mittlerweile wurde die Radverbindung bis zum Audi Max der TU Wien verlängert (Mehrzweckstreifen)

Einführung eines innovativen Berufsorientierungs- und Fortbildungsprogramms für "benachteiligte" Jugendliche

Ziel des Programms ist die Schaffung einer Berufsorientierungsphase und der Einstieg in jene Berufsfelder, die derzeit einen Arbeitskräftemangel aufweisen (vor allem im IT Bereich). Zielgruppe dabei sind Jugendliche, die zur Zeit unter Zugangsbarrieren zum Arbeitsmarkt bzw. zu entsprechenden Bildungsangeboten leiden (z.B. AbsolventInnen von Ausbildungszweigen mit geringeren Jobchancen, jugendliche MigrantInnen der 2. und 3. Generation, Schul- bzw. LehrausbildungsabbrecherInnen). Ein Schwerpunkt sollte dabei bei jungen Frauen liegen.

Die soziale Absicherung der TeilnehmerInnen muss im Rahmen dieser Bildungsschiene gewährleistet werden. Ziel ist die Anrechnung dieses Programms auf andere Bildungswege. Neben konkreten inhaltlichen Qualifikationen sollten vor allem Fähigkeiten wie Kommunikationskompetenz, Rhetorik, Organisationsfähigkeit etc. vermittelt werden. Die TeilnehmerInnen sollen dadurch die Möglichkeit erhalten, in einem ersten Schritt, "neue Berufe" kennen zu lernen und praxisnahe Einblicke zu erhalten.

Diese spezifische Bildungs- und Berufsorientierungsschiene soll unter Einbindung des WAFF als

Drehschreibe und des AMS, in Kooperation mit interessierten Unternehmen und den schon aktiven Initiativen entwickelt werden.

Der WAFF hat in den vergangenen Jahren gemeinsam mit anderen Einrichtungen eine Reihe von EQUAL Projekten bei der Europäischen Union eingereicht, wobei teilweise die Finanzierung gesichert werden konnte und nun die Umsetzung erfolgt.

Verstärkte Ausbildungsförderung für den Informations- und Kommunikations-technologiebereich-Bereich (IKT-Bereich)

Für Wiener ArbeitnehmerInnen, die sich entweder in ihrem Beruf höher qualifizieren wollen oder über eine Verbesserung ihrer Qualifikation einen Jobwechsel anstreben, sollen finanzielle Förderungen die Inanspruchnahme von zertifizierten Fortbildungskursen im IKT-Bereich erleichtern. Damit könnte auch dem Arbeitskräftemangel in dieser Branche entgegengewirkt werden. Die Förderhöhe ist mit maximal 70% der Ausbildungskosten und maximal 50.000,- ATS pro Person und Kurs begrenzt. Eine zentrale Beratungsstelle ist im Rahmen des WAFF einzurichten. Für ein Pilotprojekt stehen bis August 2002 insgesamt 10,5 Mio. ATS zur Verfügung.

Finanzielle Förderungen werden für die Inanspruchnahme von zertifizierten Fortbildungskursen im Informations- und Kommunikationstechnologiebereich angeboten. Das Projekt IT Lounge des WAFF bietet für InteressentInnen Beratung an und fördert 70% der darauf folgenden Kurskosten.

Gleichbehandlungsgesetz für die Wiener LandeslehrerInnen

Im Bereich der Frauenförderung und Gleichbehandlung stellen die Schaffung eines Gleichbehandlungsgesetzes für die Wiener Landeslehrerinnen sowie die Sicherstellung einer offensiven Umsetzung weitere wichtige Schritte im Sinne einer aktiven Gleichstellungspolitik für alle Bediensteten der Stadt Wien dar.

Der Wiener Landtag hat in seiner Sitzung am 26. Juli 2003 die Novellierung des Wiener Gleichbehandlungsgesetzes (W-GBG) beschlossen. Gänzlich neu daran ist, dass auch die Wiener Landeslehrerinnen und Landeslehrer in das W-GBG aufgenommen werden; ein wichtiger Schritt für die Gleichstellungspolitik in Wien. Bisher gab es keine mit Gleichbehandlung befassten Organe für die Wiener Landeslehrerinnen und Landeslehrer. Diese Lücke zu schließen war Ziel des grün-roten Projektes. Der Erfolg wird letztendlich an der praktischen Umsetzung und der tatsächlichen Chancengleichheit von Frauen und Männern zu messen sein.

Modellprojekt: Ausdehnung mehrsprachiger/bilingualer Schulen & Klassen

Ziel ist der Ausbau des bilingualen Unterrichts in Schulen und Kindergärten. Gemeinsam mit dem Stadtschulrat soll eine ExpertInnengruppe ein Modell für je drei bilinguale Volksschulen und drei Kindergärten erarbeiten. Dieses Modell soll im Rahmen der bundesgesetzlichen Möglichkeiten ein erster Schritt zur Ausdehnung bilingualer Schulen und Klassen sein, mit dem Ziel, Integrationsmaßnahmen und sprachliche Vielfalt zu fördern.

Der Stadtschulrat wird ersucht, gemeinsam mit einer Arbeitsgruppe entsprechende Unterrichtsmodelle und geeignete Standorte zur Umsetzung dieser Projekte zu finden.

Ein erstes Projekt ist mit der Europäischen Volksschule im 15. Wiener Gemeindebezirk und dem in dieser Schule gesetzten Sprachenschwerpunkt Tschechisch, Slowakisch und Ungarisch

umgesetzt. Darüber hinaus startete im Jahr 2002 in einer Projektklasse im 20. Wiener Gemeindebezirk das Projekt "Bilinguale Klasse Türkisch-Deutsch".

Gleichstellung von lesbischswulen und Transgender Personen in Wien

Wien setzt sich für die weitere Abschaffung von Diskriminierungen von Homosexuellen und Transgender Personen im eigenen Wirkungsbereich, aber auch darüber hinaus, ein. Maßnahmen in diesem Bereich sind:

- Fortführung und Ausbau der Sensibilisierungsseminare der Wiener Antidiskriminierungsstelle für gleichgeschlechtliche Lebensweisen (WASSt) im Bereich der Stadt Wien, in Schulen, Pädagogischem Institut, Pädagogischer Akademie, Krankenpflegeschulen, aber auch in anderen Einrichtungen wie Sozialakademien und BPD Wien.
- Fortführung und Ausbau der internen Weiterbildungs- und Sensibilisierungsangebote der WASSt zum Thema lesbische und schwule Lebensweisen und Transgender Personen
- Eingetragene Partnerschaft für Homosexuelle Menschen: Aufforderung der Stadt Wien an den Bund (analog zur Steiermark), sich für die Gleichstellung von gleichgeschlechtlichen mit heterosexuellen Lebensgemeinschaften einzusetzen und die Möglichkeit der eingetragenen Partnerschaft für homosexuelle Menschen gesetzlich vorzusehen.
- Verstärkte Unterstützung von Kulturinitiativen
- Verwaltungsvereinfachungen in Zusammenhang mit geschlechtsanpassenden Operationen soweit dies den Wirkungsbereich des Wiener Magistrats betrifft.

Der Wiener Landtag hat in Folge der Vereinbarung eine Resolution an den Bund zur eingetragenen Partnerschaft beschlossen. Dabei fordert die Stadt Wien den Bund auf, die Möglichkeit der eingetragenen Partnerschaft für homosexuelle Menschen gesetzlich vorzusehen.

Mittlerweile wurde weitere Maßnahmen von der Stadt Wien getroffen, die zur Gleichstellung von lesbischswulen Personen beitragen (Gleichstellung von allen Lebenspartnerschaften bei Mietrechtsnachfolge in Gemeindewohnungen, Novelle Gleichbehandlungsgesetz, Hospizkarenz für GemeindemitarbeiterInnen auch für gleichgeschlechtliche LebenspartnerInnen). Weitere Maßnahmen sind zur Umsetzung des vereinbarten Arbeitspaketes notwendig.

Qualifizierungskurse für MigrantInnen, die in den Polizeidienst eintreten möchten

Ein entsprechendes Kursangebot sollte in Zusammenarbeit mit der Wiener Polizei ausgearbeitet und von der Stadt Wien getragen und finanziert werden. Als Träger sollte der Wiener Integrationsfonds fungieren. Ziel dieses Projekts ist es, den Anteil von MigrantInnen in der Wiener Polizei sichtbar zu erhöhen.

Aufgrund der bundespolitischen Rahmenbedingungen (keine Neuaufnahmen bei der Bundespolizei) ist eine Umsetzung - nach zunächst positiven Signalen - bislang nicht möglich gewesen.

Ein zweites "Neunerhaus": selbstbestimmtes Wohnen für Obdachlose

Die Stadt Wien soll die Errichtung und den Betrieb eines Obdachlosen Heimes nach dem Modell des "Neunerhaus" mit einem Schwerpunkt für frauenspezifische Angebote unterstützen und fördern. (Grundstück, Gebäude)

Eine geeignete Liegenschaft wurde in der Billrothstraße in Döbling gefunden und ist im Dezember 2004 durch einen Gemeinderatsbeschluss an den Verein Neunerhaus verkauft worden. Im Jahr 2005 erfolgte die Fertigstellung und Eröffnung des zweiten „Neunerhauses“

Partizipative Stadtentwicklung/AGENDA 21

Das BürgerInnenbeteiligungsprojekte AGENDA 21 soll schrittweise auf einige Wiener Bezirke, die Interesse und Engagement für partizipative Stadtentwicklung zeigen, ausgeweitet werden. (z.B. in den innerstädtischen Bezirken 5,6,7, und 8) Der Prozess im 9. Bezirk soll weitergeführt werden; in den neuen Bezirken soll eine mindestens dreijährige Laufzeit vorgesehen werden.

Ein zu gründendes unabhängiges Koordinationsbüro soll die Bezirke mit dem nötigen Fachwissen versorgen, die Bezirke koordinieren, das Gesamtbudget verwalten und den Wiener Agenda Prozess nach außen darstellen. Für die Finanzierung der Prozessstrukturen soll ein Budget für partizipative Stadtentwicklungsprojekte (bzw. in Form eines Fonds) bereitgestellt werden.

Ein Konzept zur Ausweitung der AGENDA 21 wurde gemeinsam mit ExpertInnen erarbeitet. Das Konzept sieht die institutionellen Voraussetzungen für den Agenda 21 Prozess vor. Die Agenda 21 ist eines der wichtigsten Instrumente, um BürgerInnenbeteiligung und echte Partizipation zu ermöglichen und nachhaltig zu stärken. Ein eigenes unabhängiges Agenda 21 Büro wurde zur Koordination der Aktivitäten eingerichtet. Der Beschluss zur Finanzierung (jährlich 500.000 Euro) erfolgte wird am 29. Mai 2002 im Wiener Gemeinderat. Fünf Bezirke sind dabei (5,7,9,15 und 22)

Zeitgemäße Angebote für Politische Bildung an Schulen

Um Aktivitäten zur politischen Bildung an Schulen zu ermöglichen, sollen diesbezügliche Erleichterungen z.B. Schuldiskussionen als Regelangebot, eine Ansprechstelle etc. durchgeführt werden.

Um Aktivitäten zur politischen Bildung an Schulen zu ermöglichen bzw. diesbezügliche Angebote zu erleichtern, wurde im Stadtschulrat eine Servicestelle vorgesehen. Weitere Aktivitäten zur Entwicklung entsprechender Angebote wurden im Rahmen der Neuauflage der rotgrünen Projekte vereinbart.

Förderung der freien Medien - Radio, TV und Internet: Schaffung eines freien Fernsehkanals im Kabel-TV

Die Schaffung und Sicherung öffentlicher und nicht-kommerzieller Medienräume und Öffentlichkeiten soll durch die Stadt Wien aktiv gefördert werden. Wesentlicher Bestandteil einer "Wiener Medienpolitik" sind freie Medien im Radio und TV Bereich ebenso wie im Bereich digitaler Medien und Internet. Teil des Maßnahmenpakets soll etwa die verstärkte Förderung von Radio Orange 94,0, die Einrichtung eines gemeinnützigen Kabelkanals nach dem Muster der "Offenen Kanäle" in Deutschland und Holland, und die Förderung von Institutionen und Projekten im Bereich Netzkultur sein.

Bis Jahresende sind diesbezügliche Maßnahmen im Detail auszuverhandeln. Die Umsetzung ist spätestens 2002 vorzusehen.

Seit November 2005 strahlt Okto aus. <http://www.okto.tv/> Grundlage zur Umsetzung eines nicht-kommerziellen "Offenen Fernsehkanals" für Wien nach dem Vorbild vergleichbarer Projekte in Deutschland und Holland ist eine Machbarkeitsstudie, die im Auftrag der Stadt Wien im Jahr 2002 fertig gestellt wurde. Die Finanzierung für Betrieb und Infrastruktur in der Höhe von jährlich 980.000 EURO ist für vorerst drei Jahre von der Stadt Wien gesichert. Ziel des Projekts ist es ua, niederschweligen Zugang zur Programmproduktion zu schaffen, um unterschiedlichsten gesellschaftlichen Gruppierungen die Teilhabe an der Öffentlichkeit zu ermöglichen.

Der enorme Lerneffekt im Rahmen eines Offenen Kanals wird für den gesamten Medienstandort Wien positive Effekte haben, nicht nur auf wirtschaftlicher Ebene, sondern auch kulturell. Grundbedingung für einen Erfolg des "Offenen Kanals" in Wien ist die Unabhängigkeit der Struktur und der handelnden Akteure. Diese umfasst insbesondere die politische Unabhängigkeit, die von allen InitiatorInnen des Projekts anerkannt wird.

[zum Seitenanfang](#)

"Art & Science Center"

Zentrum für die Vermittlung und Produktion von Wissenschaft und Kunst

Nach dem Vorbild internationaler Projekte soll in Wien eine Plattform für Forschung und Entwicklung an der Schnittstelle von Wissenschaft und Kunst, "alten" und "neuen" Medien und Technologie entstehen. Mit dem Arts & Science Center soll ein Ort mit internationaler Strahlkraft entstehen, der...

- Produktions-möglichkeiten für KünstlerInnen und WissenschaftlerInnen in Form von Laboratorien und "Artists/Scientists in Residence" Programmen bereitstellt und
- die Vermittlung dieser Arbeit in den Vordergrund stellt.

Wesentlich für dieses Projekt ist nicht nur dessen Inhalt, sondern auch der partizipative Projektentwicklungsprozess. In der ersten Phase von artscience vienna im Jahr 2002 diskutierten internationale und lokale ExpertInnen folgende Themenfelder:

- Weltmodelle: Art + Science = artscience?
- Electronic Culture: Digital Arts & Globalisierung
- Mediale Konstruktionen: Biotech & Neuroscience
- Design of Space: Architektur, Urbanität, Design

Derzeit befindet sich das Projekt in der Feinkonzeptphase, im kommenden Jahr soll artscience vienna als projektfinanzierende Institution seine Arbeit aufnehmen und erste konkrete Projekte initiieren.

<http://www.artsciencevienna.at/>

Technologie-/Kulturzentrum Rinderhalle

Initiierung eines offenen Technologie-, Medien-, Bildungs- und Kulturzentrums in der Rinderhalle in St. Marx, das Raum für Projekte und Institutionen schafft. Ziel ist ein Nutzungsmix von Unternehmen und Institutionen im Technologie- bzw. kreativen Bereich (z.B. Multimedia) einerseits und Kunst- und Kulturinitiativen andererseits. Es sollen sowohl fixe wie auch temporäre Nutzungsmöglichkeiten kommerzieller und nicht-kommerzieller Akteure (Institutionen, Unternehmen, Bildungsinstitutionen) geschaffen werden.

Grundvoraussetzung ist, dass die Rinderhalle nicht abgerissen wird und maßvolle Sanierungen und bauliche Adaptierungen durchgeführt werden. In einem ersten Schritt sollen vor allem Zwischennutzungen ermöglicht werden, die nach

unbürokratischer Abwicklung potentiellen Nutzern aus dem kommerziellen und nicht-kommerziellen Bereich Raum schafft.

In einem ersten Schritt wurde der Erhalt der Rinderhalle in St. Marx sicher gestellt. Zur Zeit werden unterschiedliche Nutzungskonzepte diskutiert, die einen Mix aus kommerziellen und nicht-kommerziellen Nutzungen ermöglichen soll. Bis Jahresende läuft die Sanierung der Halle. Im unmittelbar danebenliegenden, ehemaligen Verwaltungsgebäude der Rinderhalle haben sich inzwischen das Medienzentrum MARX und das departure (Unternehmen des WWFF zur Förderung der Creative Industries) angesiedelt.